

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

8.4.1930 (No. 84)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expeditoren:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 955
und 964
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Preis: Monatlich 8,25 RM, einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Abnahme der Zeitung sind an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abnahme der Zeitung ist die Abnahmebestätigung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Vertriebsstellen, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Bestellungen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralabbestellstelle für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Ämtlicher Teil

Erholungsheim Annaberg

Das Erholungsheim Annaberg in Baden-Baden wird am 15. April 1930 wieder eröffnet.

Planwirtschaft im modernen Städtebau

In früheren Zeiten ließ man die Städte sich vollkommen frei entwickeln. So entstanden vielfach neben Wohnungen rauchende, gesundheitsgefährliche Fabriken, und jeder Platz im Innern der Stadt wurde aufs äußerste zu Bauzwecken ausgenutzt, so daß die Bevölkerung oft weite Entfernungen von ihren Wohnungen aus zurücklegen mußte, wenn sie sich einmal in freier Natur erholen wollte. Der moderne Städtebau erst hat System und Ordnung in die Stadtplanung gebracht. Bestimmte Teile der Stadt werden der Industrie und den Gewerben für ihre Zwecke zugewiesen, andere der Wohnsiedlung vorbehalten. Zwischen den Häuservierteln aber werden die notwendigen Grünflächen freigegeben, die der Erholung der Bevölkerung dienen sollen. Nach diesem Besiedlungssystem kann man freilich nur in neuangelegten Stadtteilen verfahren. Weit schwieriger ist es, in den alten Teilen der Städte genügend Luft und Licht zu schaffen. Dazu war es meist notwendig, die inneren Stadtbezirke ganz der gewerblichen und industriellen Tätigkeit vorzubehalten, die Wohnbezirke der Bevölkerung aber möglichst aus dem Stadtkern heraus in die Vororte oder an die Peripherie der Stadt zu verlegen. Auf diese Weise gelang es, auch die allzu dicht besiedelten Stadtteile allmählich aufzulockern und auch hier etwas mehr Raum zu schaffen.

Die Durchführung dieser Reform der städtischen Siedlung ist die Aufgabe der Städtebauer, die deshalb nicht nur dort ihre Tätigkeit ausüben, wo neue Flächen besiedelt werden sollen, sondern auch in alten Städten, deren Anlage und Besiedlungsweise den heutigen Bedürfnissen angepaßt werden müssen. Je weiter die systematische Planung sich über die bebauten Bezirke der Großstädte hinaus auf das umgebende flache Land erstreckt, desto leichter ist es, in den neugeschaffenen Wohnstraßen alle diejenigen gesundheitslichen Bedingungen zu erfüllen, die mit dem Begriff der modernen Gartenstadt unzer trennlich sind.

Das Bild der künftigen Stadt wird etwa so aussehen, daß an den Verkehrsknotenpunkten im Stadtkern sich das kaufmännische und gewerbliche Leben, in einem besonders geeigneten Teile der Stadtumgebung die Industrie konzentriert wird, während die weit in die Stadtumgebung hinaus sich erstreckenden Gartenvorstädte der Bevölkerung ein gesundes und geräumiges Wohnen ermöglichen. Je mehr die Verkehrsmittel vervollkommen werden, desto mehr werden die menschlichen Siedlungen sich strecken, um Luft und Licht möglichst viel Zutritt in den Wohnungen zu geben. Auf diese Zukunftsentwicklung muß jede Planung, muß vor allem auch der heutige Städtebau bereits Rücksicht nehmen, denn alles, was auf diesem Gebiete in unserer Zeit des Übergangs zu gesünderem Wohnen bereits oder verkehrt gemacht wird, das wird in kommenden Zeiten ein Hindernis der Entwicklung und außerdem auch eine Quelle großer finanzieller Verluste sein. Ungeheure Wohnungen, zu eng besiedelte Stadtteile werden künftig unvermietbar sein, denn von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wächst das Sehnen der Stadtbewohner nach Rückkehr zur Natur, nach der Flucht aus der Enge der alten Städte.

Gepflante Steuerenkung in Oesterreich

Wien, 8. April (Tel.) Gestern fand, wie die „Neue freie Presse“ erfährt, bei Bundeskanzler Schöber eine Konferenz mit Vertretern aus Wirtschaftskreis und Handelskreisen statt, in der Schöber für die nahe Zukunft, sobald die österreichische Anteilseiner sichergestellt sein werde, wichtige gesetzgeberische Änderungen auf dem Gebiet des Steuerwesens mit dem Ziel einer Steuerenkung ankündigte.

Sowjetbürger zur Rückkehr aufgefordert

London, 8. April (Tel.) „Morning Post“ meldet: Der sowjetrussische Generalkonsul in London, Lutschef, hat an ungefähr 20 in England lebende Russen, die früher bei der Sowjethandelsorganisation beschäftigt waren, die Aufforderung gerichtet, binnen sieben Tagen nach Sowjetrußland zurückzukehren. In dem Dekret heißt es, dem Blatt zufolge, daß die Weigerung eines Sowjetbürgers, der Aufforderung zur Rückkehr Folge zu leisten, mit Beschlagnahme seines ganzen Vermögens und mit Erschießung zu ahnden sei.

Kämpfe in Abessinien

London, 8. April. (Tel.) Der Korrespondent der „Times“ in Addis Abeba meldet, daß in einem Kampf zwischen den Truppen des Königs Zafari und den aufständischen französischen Flieger, die im Dienste der abessinischen Regierung stehen, eine hervorragende Rolle spielten, indem sie Gefangenen- und Bombenflüge ausführten. Es wird gemeldet, daß die Regierungstruppen nur 300 Mann verloren, während die Verluste der aufständischen 6000 betragen. Das Ergebnis der verheerenden Kaiserin Jaoditu ist auf Anordnung des Königs Zafari mit allem Pomp begangen worden. Nicht weniger als 50 000 Stüd Vieh wurden ihr zu Ehren geopfert.

Eine Erklärung Ghandis. In einer Erklärung betonte Ghandi, daß er unerschütterlich an seinem Ziele festhalte und bei der Schaffung eines lebensfähigen und selbstbestimmten indischen demokratischen Staates keine großen Schwierigkeiten sehe.

Letzte Nachrichten

Steuern und Agrarhilfe Reichskabinet und Agrarvorlagen

Berlin, 8. April (Priv.-Tel.) Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, bezieht sich die Einigung, die bei der gestrigen Beratung des Reichskabinetts über das Agrarprogramm erzielt wurde, auf nahezu alle wichtigeren Fragen. Offen ist u. a. noch die Höhe des Schmalzsolles, bei dem noch eine Differenz von zwei Pfennigen besteht. Es ist aber anzunehmen, daß auch über diese Dinge heute nachmittag eine Einigung erzielt wird. Der Hauptzweck der heutigen Kabinettsitzung ist die Ausarbeitung des Initiativgesetzes, das von den Regierungsparteien im Reichstag eingebracht werden wird. Auf diese Weise soll vermieden werden, daß die Regelung der Agrarfragen durch den Umweg über den Reichsrat verzögert wird.

Gelingt es — was natürlich noch nicht zu übersehen ist —, Ende dieser Woche bei der dritten Lesung die Steuervorlagen parlamentarisch zu erledigen, so könnte die Agrarvorlage ebenfalls noch vor Ostern verabschiedet werden. Die Zustimmung des Reichsrats würde dann nachträglich eingeholt werden. Nach allgemeiner Auffassung unterrichteter Kreise liegen die Schwierigkeiten nicht in den Agrarfragen, sondern in den Differenzen wegen der Steuern. Mit der heutigen zweiten Lesung der Steuervorlagen schiebt sich das Interesse für sie in den Vordergrund der parlamentarischen Erörterungen.

Um die Biersteuer

Berlin, 8. April (Tel.) Dem Reichstag ist nunmehr auch der Gesetzentwurf zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, dessen erste Beratung bereits heute erfolgen soll, zugegangen.

Zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat ist lediglich über die Verteilung der Biersteuer keine Übereinstimmung zustande gekommen. Der Reichsrat hat beschlossen, die Biersteuer in Höhe von einem Siebentel des Aufkommens an Biersteuer zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl zu verteilen. Er begründet seinen Beschluß damit, daß die Biersteuer eine Verbrauchssteuer sei. Die Verteilung dürfe daher nicht ausschließlich nach dem Aufkommen erfolgen, es müsse vielmehr auch dem Verbrauch Rechnung getragen werden. Die Länder, die Biererzeugungsländer seien, führten in nicht unerheblichen Mengen Bier nach anderen Ländern aus. Diesem Umstand sei dadurch Rechnung zu tragen, daß die Verteilung der Biersteuer zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl erfolge. Demgegenüber hält die Reichsregierung an ihrer ursprünglichen Vorlage fest, da sie die von dem Reichsrat vorgesehene weitgehende Abänderung des Verteilungsschlüssels zugunsten der Biererzeugungsländer für sachlich nicht gerechtfertigt hält.

Berlin, 8. April. (Tel.) Der Gesetzentwurf zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs enthält eine Bestimmung, wonach auf das Halten von Gerät zum Empfang und zur Wiedergabe des Rundfunks in privaten Räumen Steuern nicht erhoben werden dürfen.

Die Strafrechtsreform

Berlin, 8. April. (Tel.) Im Strafrechtsausschuß des Reichstages begrüßte der Vorsitzende, Abg. Dr. Stahl (D. Vp.), den neuen Reichsjustizminister Dr. Bredt, und sprach die Hoffnung auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit des Ministers mit dem Ausschuß aus.

Nunmehr erklärte der Vorsitzende, daß die politische Lage die Möglichkeit einer plötzlichen Reichstagsauflösung nahelege. Die Folge einer solchen Auflösung würde sei, daß die gesamte Strafrechtsreform parlamentarisch vorläufig erledigt wäre. Der Vorsitzende beantragte daher ein Überleitungs-gesetz, das als Initiativgesetz eingebracht werden soll und nicht nur für eine etwaige jetzige Auflösung, sondern auch für alle späteren Auflösungen gelten solle.

In der Debatte sprachen sich alle Parteien gegen ein so weitgehendes Gesetz aus, sie würden höchstens für den einen Fall einer eotl. jetzigen Auflösung ein solches Überleitungs-gesetz annehmen. Die Abstimmung wurde zurückgestellt, da erst Fühlung mit den Parteien genommen werden soll.

Was die Zeppelinlandung in Lakehurst kostet

Washington, 8. April. (Tel.) Die Marinebehörden veröffentlichten die Abmachungen mit den Zeppelinschiffen über die Kosten der nächsten Landung des Zeppelins in Lakehurst. Für die Vorbereitungen zur Landung erhält die Marine der Vereinigten Staaten 3000 Dollars. Für die Benutzung des Ankerplatzes und des Landungsplatzes müssen 2000 Dollar pro Tag bezahlt werden, jeder Tag Verspätung kostet 1000 Dollar. Die Zeppelinschiffe müssen weiter die Kosten für den Transport der als Landungsmannschaft benötigten Marinesoldaten sowie jeglichen Materialschaden ersetzen und für den Fall, daß Personen zu Schaden kommen, diese entschädigen. Als Sicherheit dafür müssen 15 000 Dollar hinterlegt werden.

„Graf Zeppelin“ ist am Montag nach Durchführung seiner zweiten Schweißprobefahrt um 15.05 Uhr bei ungünstigen Windverhältnissen in Friedrichshafen glatt gelandet.

* Zur politischen Lage

Die Tagung des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei war deshalb besonders bedenklich, weil sich auf ihr die Zentrumspartei in klarer Form mit dem Kabinet Brünning identifiziert hat. Bis her bestanden bekanntlich über diesen Punkt noch Unklarheiten. Wenn man an der Auffassung festhielt, daß das Kabinet Brünning ein „Kabinet der Persönlichkeiten“ sei ohne feste koalitionsmäßige Basis, dann besaß auch die Zentrumspartei diesem Kabinet gegenüber eine recht große Bewegungsfreiheit, mochte der Kabinettschef auch der Führer ihrer Fraktion sein. Aber natürlich mußte man sich wohl von vornherein sagen, daß Dr. Brünning als Fraktionschef nicht die Bildung eines Kabinetts übernehmen und dieses Kabinet führen werde, ohne sich dabei auf seine eigene Partei stützen zu können.

Auf der Tagung des Reichsausschusses der Partei ist nun also vor aller Welt die Tatsache bekräftigt worden, daß Dr. Brünning als Exponent seiner Partei das Kabinet leitet und daß diese Partei sich verpflichtet fühlt, ihn als Reichskanzler zu unterstützen, und sein Kabinet als ein vom Zentrum maßgebend beeinflusstes Kabinet betrachtet. Auch sonst spricht man schon seit einigen Tagen wieder von den „Regierungsparteien“. Diese Regierungsparteien sind also diejenigen, die offiziell mit irgendeiner Persönlichkeit im Kabinet vertreten sind, nämlich: die Zentrumspartei, die Deutsche Volkspartei, die Demokraten, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft. Herr Schiele befindet sich in einer Zwitterstellung; er ist zwar noch immer ein hervorragendes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und einer der Führer des Reichslandbundes, aber er sitzt im Kabinet nicht als Vertreter seiner Partei, sondern als Vertreter der Agrarinteressen schlechthin.

Das zweite wichtige Ereignis auf der Tagung des Reichsparteiausschusses des Zentrums war die Rede Dr. Brünnings, und zwar die Stelle, wo er erklärte, daß, wenn es nicht gelinge, im Parlament die notwendigen Aufschüsse zu erfüllen, dann das deutsche Volk selbst die Entscheidung in die Hand nehmen müsse. Es wird also eine Reichstagsauflösung angekündigt für den Fall, daß die Vorlagen der Reichsregierung im Parlament abgelehnt werden. Interessant war fernerhin ein Satz aus der Rede des jetzigen Innenministers Dr. Wirth, ein Satz, in welchem es als ein „großer Fortschritt unserer inneren Politik“ bezeichnet wird, daß „heute gesunde konservative Kräfte (also im wesentlichen Wirtschaftspartei und christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft) sich von selbst zur Festigung des deutschen Staates zur Verfügung gestellt haben“.

In seiner großen Rede vor dem Reichsparteiausschuß hat Dr. Brünning nochmals mit aller Entschiedenheit betont, daß die Zentrumspartei und auch seine Person selbst alles nur mögliche getan hätten, um den Bestand der Großen Koalition zu retten. An sich sei das Zentrum auch bereit gewesen, über die Bildung eines mehr nach links gerichteten, neuen Kabinetts zu verhandeln. Aber dieser Versuch sei daran gescheitert, „daß eine kleinere Partei Vorberhandlung gestellt habe, die man nicht habe übernehmen können“. Es ist erfreulich, daß Dr. Brünning hier nochmals festgestellt hat, daß es gewiß nicht die Schuld der Zentrumspartei gewesen sei, wenn die Große Koalition in Trümmer ging. Theoretisch gilt wohl auch heute noch diese Große Koalition als die beste Regierungsgrundlage in Deutschland, weil sie schon allein ziffernmäßig eine wirklich ausreichende Mehrheit darbietet und einen Ausgleich wirtschaftlicher und sozialer Gegensätze durch friedliche Verhandlungen untereinander am ehesten garantiert.

Das ist aber ja gerade das Bezeichnende an der heutigen wirtschaftspolitischen Situation, daß diese Gegensätze zu groß geworden sind, als daß man hoffen könnte, sie zu überbrücken. Da gibt es dann nur die Möglichkeit, eine neue Mehrheit zu finden, welche auf finanz- und wirtschaftspolitischen Gebiet diese Aufgaben löst, die allgemein als dringend empfunden werden, oder durch Neuwahlen an die Entscheidung des Volkes selbst zu appellieren und in der Zwischenzeit unter Zurückgreifen auf Artikel 48 der Reichsverfassung die wichtigsten Aufgaben zu erledigen. Solche Aufgaben sind die Sanierung des öffentlichen Finanzwesens und die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft. Daß diese beiden Probleme schnell-

Mit der Beilage: 45. Ämtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

flens gelöst werden müssen, hat auch die Sozialdemokratie anerkannt. Nur über die Methoden, das heißt praktisch über die Lastenverteilung, hat man sich in der alten Koalition nicht einigen können.

Die Entscheidung muß in dieser Woche fallen. Man zählt jetzt nur noch nach Tagen und nach Stunden. Und schon heute wird sich der Reichstag mit den Vorlagen betreffend die Übergangsregelung des Finanzausgleichs und die Vorbereitung zur Finanzreform beschäftigen. Was die Arbeitslosenversicherung anlangt, so halten diese Vorlagen an der ursprünglichen Fassung des Regierungsprogramms fest. Die Entwicklung im Parlament wird nun die sein, daß die jetzigen Regierungsparteien im Reichstag einen Initiativantrag einbringen werden, nach welchem das Kompromiß, an welchem die Große Koalition scheiterte, zur Annahme empfohlen wird, dieses Kompromiß, das an dem bisherigen Beitrag von 3 1/2 Proz. festhält, eine Veräußerung von Reichsbahnvorzugsaktien in der Höhe von 150 Millionen vorsieht und bei Mehrbedarf der Reichsanstalt die spätere Regelung auf den Herbst verschiebt. Bis dahin würde dann ja auch die innere Verwaltungsreform und die Reform der Bestimmungen des Arbeitslosengesetzes vorbereitet sein können.

Im Reichskabinettsrat hat man sich über die Vorschläge Schiele zum Schutze der Landwirtschaft unterhalten und eine „grundfällige Einigung“ herbeigeführt; jedoch schließt diese Einigung einige Änderungen des Schiele'schen Programms in sich. In einem Beschlusse des Reichsparteiausschusses der Zentrumspartei wird empfohlen, der Reichsregierung gewisse Ermächtigungen an die Hand zu geben, die eine schnelle Anpassung der agrarischen Schutzmaßnahmen an die jeweilige Weltmarktlage gewährleisten.

Außenpolitisch haben die letzten Tage Beunruhigungen hervorgerufen, weil Tardieu in einer Rede sich so ausgedrückt hatte, daß man eine Verzögerung der Räumung befürchten mußte. Tardieu selbst hat jetzt seine Rede im Sinne einer klaren Milderung interpretiert. Gewiß sind noch einige formale Bedingungen (Ratifizierung des Youngplans durch England, Italien und Japan und Übergabe der deutschen Obligationen an die VZB) zu erfüllen. Aber kein vernünftiger Mensch zweifelt daran, daß dies in Kürze geschehen sein wird. Es liegt also nicht der geringste Anlaß vor, den Räumungstermin über den 30. Juni hinauszuschieben. Und auch gewisse militärische Forderungen Frankreichs (Vernichtung von Munitionsdépôts in der entmilitarisierten Zone usw.) werden sich ohne weiteres erledigen lassen. Die Hauptsache ist, daß auch Tardieu mit allem Nachdruck erklärt hat, daß die etwaigen Sanktionen, die sich aus einem böswilligen Verhalten Deutschlands dem Youngplan gegenüber ergeben könnten, niemals mehr militärischer Natur sein können, daß vielmehr in einem solchen Falle der Haager Schiedsgerichtshof und der Völkerbund nach Maßgabe ihrer Statuten einzugreifen hätten.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe Der Mann, der seinen Namen änderte von Edgar Wallace

Am Sonntag wurde im Städtischen Konzerthaus das Kriminal-Schauspiel von Edgar Wallace „Der Mann, der seinen Namen änderte“ zum erstenmal aufgeführt. Das Stück ist recht mäßig und reicht nicht im entferntesten an den „Geher“ heran, der vor einem Jahre hier mit großem Erfolg gegeben wurde. Vielleicht hätte eine sorgfältig ausgearbeitete Aufführung mit erstklassiger Einzeldarstellung das Schauspiel retten können. Diese Rettung blieb aus, weil die Aufführung unbefriedigend war und von den Darstellern lediglich die Herren Brand und Gemmede den Anforderungen genügten, die man hier zu stellen pflegt. Die Rolle des Frank O. Ryan war durchaus schließend. Daß der Träger dieser Rolle fast während der ganzen Vorstellung so leise sprach, daß man ihn selbst in den vordersten Reihen nicht verstehen konnte, war eine Ungeheuerlichkeit, die nicht nur auf sein eigenes Schuldkonto, sondern auch auf das Schuldkonto der Regie zu setzen ist. Auch die einzige Frauenrolle des Stückes hätte man gerne in besserer und eleganterer Darstellung gesehen. Ein erheblicher Teil des Publikums hat das Stück und die Aufführung ausgelacht. Für mich war der Abend ein neuer Beweis dafür, daß die Leistungen unseres Theaters auf dem Gebiet des Lustspiels und des Unterhaltungsspiels qualitativ weiter heruntergehen. C. A.

Vortrag Gb. Koppentätter. Ganz einfach „Praktische Astrologie“ anstatt „Ein Blick in die Jahre 1930/31“ hätte das Thema des Lichtbildvortrags eigentlich heißen sollen, den Gb. Koppentätter, den Interessenten des Gebietes hier anscheinend ein noch ziemlich unbekannter Autor, vor halbleerem Künstlerhausaal hielt. Versuchte man sich aber auf den Boden seiner Darlegungen zu stellen, so hatte sein System, den astrologischen Schicksalspiegel für jedermann verständlich zu machen, zweifellos viel Einleuchtendes. Es zeigte die Planetenkonstellation einmal deutlicher auf, als es sonst gewöhnlich bei derlei Gelegenheiten, die auf die Unerschöpflichkeit eines bestimmten Publikums spekulieren, zu geschehen pflegt. Natürlich geht es auch hier ohne Geburtshoroskop keineswegs, aber gerade dies ist wenigstens anhand eines Jahreskreislaufes, der sofort brauchbar zu verwenden ist und im Verlauf der Ausführungen auch an praktischen Beispielen ausgiebig erläutert wird, so vereinfacht, daß fast jeder Laie sich ein ungefähres Bild vom Wert oder Unwert der darauf beruhenden ganzen Wissenschaft machen kann. Schwieriger wird freilich die Sachlage, sobald sich der Redner von den Fragen einer individuellen Schicksalsgestaltung abwendet und zum Problem „Astrologie und Lotteriere“ oder gar für die politische Entwicklung der nächsten Jahre (im zweiten Teil) eine einigermaßen zutreffende Diagnose zu geben sich müht. Da hört alle irgendwie noch wissenschaftlich fundierte Information eben auf, da greift jene naive Gütgläubigkeit Platz, die kaum einen ernsthafter Denkenden zu überzeugen vermag. Nichtsdestoweniger mußte man dem Redner für einige wertvolle Aufschlüsse dankbar sein, die er auch dabei — ob nun freilich mehr im positiven oder negativen Sinn seiner Speziallehre bleibe hier unerörtert — dem weit zwei Stunden überschreitenden Gesamtprogramm des Abends einzufließen mußte. Ch. S.

Interessant ist die Tatsache, daß Italien gegen den Versuch auf der Londoner Zerabrüstungskonferenz, eine einseitige Interpretation des Völkerbundsstatuts und des Locarnopaktes im Sinne französischer „Sicherheits“-Politik durchzuführen, mit aller Energie und unter Hinweis auf Deutschland protestiert hat. Es handelte sich hierbei um Abmachungen zwischen Frankreich und England. Italien hat solche Abmachungen geradezu eine „Drohung für Deutschland“ genannt und sie als mit dem Wortlaut und Sinn der Völkerbundsstatuten und des Locarnopaktes unvereinbar bezeichnet.

Die Mißwirtschaft der Stadt Berlin Was Vermittler verdienen

Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages „zur Prüfung der Mißwirtschaft in der Berliner Stadterhaltung“ erstattete am Montag Abg. Koenneke (D. Natl.) ein Referat über die Gutsankäufe der Stadt Berlin, wobei er darauf hinwies, daß die Preise für diese Gutsankäufe durch das Dazwischentreten von Vermittlern erheblich in die Höhe getrieben worden seien. Während bei dem Ankauf von Biesdorf ursprünglich 60 bis 60 *Mark* für den Quadratmeter verlangt wurden, hat Stadtrat Busch später auf dem Umwege über die Gewerkschaft Hildegard 1,75 *Mark* für den Quadratmeter bezahlt. Im Fall des Gutes Neuland zeigt sich, wie sonst auch überall, daß die Bezirksämter zunächst mit dem Ersuchen kamen, einen Teil des Gutes anzukaufen. Busch lehnte das ab, zog dann aber die Verhandlungen an sich in die Zentrale und machte nun das Geschäft selbst. Überall stellt sich heraus, daß im Endeffekt auf diese Weise der Preis viel höher geworden ist, als die Bezirksämter hätten bezahlen müssen. In den Akten fehlen sehr oft mehrere Seiten, die den Ausschuh außerordentlich interessieren würden. Besonders bedeutsam für den Ausschuh ist der Kauf des Fideikommissgutes Düppel und der Kolonie Dreißenden, die dem Prinzen Leopold von Preußen und seinem Sohn Prinz Sigismund gehörten. Bürgermeister Schumacher vom Bezirksamt Zehlendorf hielt den Ankauf für gerechtfertigt, wenn man sich auf einen Preis von 1,80 *Mark* pro Quadratmeter einigen könnte. Das Gut, das etwa 750 Hektar umfaßt, wurde für 11,329 Millionen erworben; der Preis entspricht einem Quadratmeterpreise von 1,45 *Mark*.

Bedeutend ist hier, daß sich, obwohl wiederholt der Stadt mitgeteilt war, daß kein anderer Kestler auf das Gut vorhanden sei und die Prinzen mit direkten Verhandlungen mit der Stadt einverstanden waren, trotzdem Grundstücksvermittler eingeschaltet konnten. So verhandelte z. B. der Vermittler Hiller mit der Stadt, weil ihm angeblich ein Vorkaufsrecht zustehe. Die Grundstücksändler Hiller und Genossen konnten die erforderlichen Anzahlungen nur aufbringen, wenn die Stadt ihnen vorher entsprechende Kredite gab. In der Tat erhielt Hiller 3 1/2 Millionen Reichsmark in bar auf drei Jahre zu einem Satz von 2 Proz. unter dem Reichsbankdiskont. Hiller verschaffte sich außer diesem Kredit nochmals 1,3 Millionen, die von Busch, Böß und Bürgermeister Scholz besichert wurden. Aus den Akten geht hervor, daß Hiller seine Geschäfte stets mit fälschlichen Geldern gemacht hat. Sehr interessant wäre die Vernehmung Hillers darüber, an wen eine angebliche Sonderprovision in Höhe von 700 000 *Mark* gezahlt wurde. Die Kreditfingende an Hiller habe schließlich dazu geführt, daß die Stadt zum Ankauf der von Hiller vermittelten Objekte gezwungen war, um die Kredite nicht einzubüßen.

Was der Krieg Amerika gekostet hat

Anläßlich des Jahresendes des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten gab das amerikanische Schatzamt einige Ziffern über die Kosten der amerikanischen Beteiligung am Weltkrieg aus. Hiernach betragen die Gesamtkosten 51 400 Millionen Dollar. Die jährlichen Zahlungen für Schuldendienst und die Pensionen beliefen sich gegenwärtig auf 1162 Millionen Dollar. Dieser Posten zusammen mit den laufenden Rüstungsausgaben macht 66 Proz. des Gesamtbudgets aus.

Bilanz des Weltkrieges. Im Weltkrieg ließen 2 055 000 deutsche Männer ihr Leben auf den Schlachtfeldern Frankreichs, Rußlands, Serbiens und Magadoniens oder auf dem Meere. Das deutsche Landheer büßte 1 855 000 Soldaten ein, die Marine 35 000 Mann, die Schutztruppe 15 000 Mann; die Zahl der Vermissten betrug 170 000. 4 248 000 Verwundete sind des weiteren gezählt worden. Und noch jetzt, 12 Jahre nach dem Weltkrieg, muß das deutsche Reich 815 328 Kriegsbefähigte versorgen, 372 000 Frauen und 747 531 Kinder wurden zu Witwen und Waisen, nicht zu vergessen die 261 229 hinterbliebenen Eltern gefallener Krieger.

Die deutsche Wahlgemeinschaft in Ostpreußen. Besprechungen zwischen der Deutschen Partei und der Deutschen Katholischen Volkspartei hatten, wie aus Atomisch gemeldet wird, das Ergebnis, daß die deutsche Wahlgemeinschaft auch für die bevorstehenden jährlichen Sejmwahlen am 11. Mai beibehalten wird.

Kleine Chronik

Der Untersuchungsrichter des Landgerichts Wahrenth hat den am 8. November 1929 gegen Kommernzienrat Heinrich Neuhäuser erlassenen Haftbefehl aufgehoben und die Rückgabe der geleisteten Sicherheit angeordnet.

In Wommen an der Werra drangen am Sonntagmorgen zwei maskierte Räuber in das Bahnhofsgebäude ein. Während der eine dem Beamten einen Revolver vorhielt, raubte der andere die Stationskasse aus. Den Verbrechern sind aber nur etwa 30 bis 35 *Mark* in die Hände gefallen.

In Amerika sind am Sonntag bei Flugzeugunfällen insgesamt sechs Personen ums Leben gekommen. Bei Flugzeugabstürzen in Tilden (Nebraska) verbrannten drei Personen, bei Flugzeugunfällen in Hays City (Kansas) wurden ebenfalls drei getötet.

In Buenos Aires kam es zwischen etwa 100 organisierten und nichtorganisierten Doodarbeitern zu einer regelrechten Schlägerei, bei der Messer und Revolver verwendet wurden. Der Polizei gelang es schließlich, die Menge zu zerstreuen. Ein Doodarbeiter wurde getötet, fünf wurden schwer verletzt.

Bei einem Eisenbahnunglück in Japan wurden 17 Personen getötet und 7 schwer verletzt.

In Hongkong ereignete sich auf dem britischen Zerstörer „Sepp“ eine Explosion, durch die vier Mann getötet und drei verletzt wurden.

Die starken Stürme auf dem Atlantischen Ozean haben zahlreiche Verzögerungen im Schiffsverkehr zur Folge. So ist der Dampfer „Amerita“ am Montag mit über zweitägiger Verzögerung in New York eingetroffen, bei 8 weiteren Transatlantikdampfern sind Verzögerungen von 1—2 Tagen zu verzeichnen. Die am heutigen Dienstag fällige „Bremen“ wird erst am Mittwoch im New-Yorker Hafen einlaufen.

Der Deutsche Beamtenbund gegen den Beamtenabbau

Der Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes hielt am Freitag, dem 4. April, im Plenarsitzungsfaal des Reichswirtschaftsrates in Berlin eine Sitzung ab, an der auch eine Reihe von Parlamentariern des Reichstages und des Preussischen Landtages teilnahm. Im Mittelpunkt der Verhandlungen, die vom Bundesvorsitzenden, Hügel, geleitet wurden, standen zwei Referate über die beamtenpolitische Lage und über aktuelle Beamtenrechtsfragen, die von Bundesdirektor Lenz und dem Leiter der Rechtsabteilung, Dr. Nischardt, erstattet wurden.

Einstimmig nahm der Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes eine Entschließung an, in der u. a. gesagt wird, es dürfe nicht, wie es zur Zeit in Thüringen geschehe, zu Maßnahmen gegriffen werden, die eine offensichtliche Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Beamten darstellten. Der Deutsche Beamtenbund stelle sich auch mit Entschiedenheit hinter die Entschließungen, die von der ihm angeschlossenen Lehrerschaft gegen den beschlossenen Schul- und Lehrerbauabau gefaßt worden ist. In einer weiteren Entschließung wird dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß bisher die Neuregelung der Beamtenangelegenheiten nicht gefördert wurde. Der Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes richtet an alle beteiligten Instanzen den Appell, die Verabschiedung der neuen Beamtengesetze mit allen Mitteln zu fördern.

Die norddeutschen Delvorkommen

Von Ölfunden in Norddeutschland und amerikanischen Versuchen, sich ihrer zu bemächtigen, wird neuerdings berichtet. Vertreter amerikanischer Mineralindustrien interessieren sich in einem Gebiet, das sich etwa von Oldenburg über die Elbe bis nach Mecklenburg hinein erstreckt, für Ölorkommen. Sie haben schon eine Reihe von Verträgen mit Bodenbesitzern abgeschlossen. Als Hintermann der sogenannten North European Oil Cie. wird ein Belgier, Vingerhouts, genannt. Mit der größten amerikanischen Gesellschaft, der Standard Oil, bringt man das Unternehmen nicht in Zusammenhang, doch mögen andere Gruppen ihm nahe stehen. Beabsichtigt ist, was nach der Lage des Weltmarktes sich ungewiß schließen läßt, wohl weniger eine Ausbeute etwaiger Ölorkommen als eine Sicherung gegen künftige Konkurrenz. Das amerikanische Auftreten ist seit längerem bekannt und hat auch vor einiger Zeit zu einer Anfrage im Preussischen Landtag geführt. Die bisherigen Ausgaben der Amerikaner in Oldenburg allein werden auf 1 Million Reichsmark geschätzt, da jede Bohrung 100 000 bis 150 000 *Mark* kostet. Auch in Braunschweig hat eine amerikanische Gesellschaft vertraglich das Recht erworben, zu bohren.

Ende des Reichsausschusses?

„Der nationale Sozialist“, das Berliner Organ der Nationalsozialisten, teilt mit:

„Als sofortige Antwort auf das charakterlose, geradezu verätherische Verhalten der deutschnationalen Volkspartei hat der persönlich in Berlin anwesende Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, noch am gleichen Tage den sofortigen Austritt der Nationalsozialisten aus dem Deutschen Reichsausschuß vollzogen. Der Reichsausschuß hat damit zu bestehen aufgehört.“

Ein Notruf der Deutschen Weinbauern

Der Deutsche Weinbauverband hat am Freitag an den Reichskanzler und den Reichsernährungsminister folgendes Telegramm gerichtet:

„Nach den Mitteilungen der Reichsregierung im Reichstag soll das Agrarprogramm sofort durchgeführt werden. Der Weinbau leidet mindestens die gleiche, wenn nicht noch größere Not als die übrige Landwirtschaft. Verzweiflung macht sich überall breit. Bisher ist der Weinbau bei den Notmaßnahmen unberücksichtigt geblieben. Witten dringend darum, diesmal unbedingt auch den Weinbau in die Hilfsmaßnahmen einzubeziehen, da sonst eine Katastrophe unvermeidlich.“

Zentrumskundgebung gegen die Religionsverfolgungen

Der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei erklärt eine Kundgebung gegen die Religionsverfolgung in Rußland, in der es u. a. heißt:

„Als Partei, die in der christlichen Lebensüberzeugung die obersten Grundsätze ihres politischen Handelns erblickt und für die Erhaltung und Förderung christlicher Lebenswerte im Interesse von Volk und Staat einzutreten verpflichtet ist, erheben wir lauten Einspruch gegen diese Vergeßlichkeit von Gewissen und Überzeugung. Das Zentrum werde sich, so heißt es in der Kundgebung weiter, aber auch jederzeit gegen die dunklen Kräfte wenden, die mit dem kalten Vernichtungstempel der Christenverfolgung und Kirchenzerstörung in Hand gingen und das deutsche Volkstum in Familie, Gesellschaft und Staat innerlich auflösten. Die Partei rufe in diesem Kampf ihren Angehörigen zu, den Verdruss, solche Gedanken und Bewegungen in das deutsche Volk einzuschleppen, überall entgegenzutreten.“

Geheimrat Freiherr von Stengel †. In München ist der Dogen für Völkerrecht und Staatsrecht an der Universität, Geheimrat Justizrat Karl Freiherr von Stengel, im Alter von fast 90 Jahren gestorben. Er vertrat im Jahre 1899 auf der ersten Friedenskonferenz in Haag das Deutsche Reich. Freiherr von Stengel war Herausgeber mehrerer Lehrbücher über das deutsche, preussische und bayerische Staats- und Verwaltungsrecht. Ferner hat er sich durch seine Veröffentlichungen über deutsches Kolonialrecht und sein Wörterbuch des deutschen Verwaltungsrechts bekannt gemacht.

Das deutsche Mittelmeererschwader in Vigo. Das deutsche Geschwader, das sich auf einer Kreuzerfahrt nach dem Mittelmeer befindet, hat am Montag Vigo angefahren. Mit dem spanischen Flaggschiff wurde ein Ehrensalut ausgetauscht.

Schülerstreik in Hamburg. Nach anderen Vorbildern (Neukölln) haben nun auch die Hamburger Kommunisten Versuche eingeleitet, „revolutionäre Kinderaktionen“ in den Schulen des Stadtteils St. Pauli durchzuführen. Zu diesem Zwecke sind, wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, kommunistische Schülerzeitungen in diese Schulen gelangt, die verteilt wurden, und in denen den Schülern nahegelegt wird, den Gehorsam zu verweigern und offen gegen ihre Erzieher zu rebellieren.

Ein Separatist an die Universität Paris berufen. Laut Pressemeldung ist ein Dr. Karl Müller aus Düsseldorf als Repektor für deutsche Studenten an die Universität Paris berufen worden. Dabei wird gesagt, daß Dr. Karl Müller derzeit im Kabinett Cuno Reichsminister gewesen sei. Hier liegt eine Verwechslung vor. Es handelt sich um den Dr. Karl Müller, der in der Separatistenbewegung eine Rolle gespielt hat und einmal in einem von Separatisten aufgestellten Kabinett Verkehrsminister gewesen ist.

General Lut an den Folgen des Attentates gestorben. Garnisonchef von Reval (Estland), General Lut, der, wie gemeldet, am letzten Donnerstag von einem bisher noch unbekannten Täter durch einen Revolverstoß schwer verletzt wurde, ist an den Folgen der Verletzung gestorben.

Aus den Ländern

Weitere Forderung der Zwangswirtschaft in Preußen

Am 1. April dieses Jahres ist in Preußen eine neue Verordnung in Kraft getreten, durch die zwar grundsätzlich an dem Mietrecht und an der Mietpreisregelung nichts geändert wird, durch die aber immerhin erstens für teurere Wohnungen und zweitens für Gemeinden mit weniger als 15 000 Einwohnern die Wohnungszwangswirtschaft ein wenig gelockert wird. Teurere Wohnungen unterliegen in Preußen schon seit mehr als drei Jahren nicht mehr den Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes. Aber die Grenzen für „teure Wohnungen“ waren bisher sehr hoch festgesetzt. In Berlin gilt vom 1. April ab eine Wohnung als teuer und unterliegt damit nicht mehr dem Wohnungsmangelgesetz, wenn ihre Friedensmiete 1800 M und mehr im Jahre beträgt. In den übrigen Orten der Sonderklasse liegt diese Grenze künftig bei 1400 M, in der Ortsklasse A bei 1000 M, in der Ortsklasse B bei 700 M, in der Ortsklasse C bei 500 M und in der Ortsklasse D bei 300 M Friedensmiete. Die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes hat zur Folge, daß für derartige Wohnungen die öffentliche Bewirtschaftung fortfällt. Wird eine solche Wohnung frei, so wird sie weder beschlagnahmt, noch wird von dem Wohnungsamt ein Wohnungszwang zugewiesen. Der Hauswirt kann diese Wohnung vielmehr an einen beliebigen Bewerber vermieten, der weder einen Wohnberechtigungsschein noch eine Ausweisung des Wohnungsamtes zu haben braucht. Nur bei einem Wohnungsstauung kann die Zustimmung des Vermieters zu dem Einzuge des Kaufmieters, wenn sie verweigert wird, durch einen Beschluß des Mietsektorsamtes ersetzt werden. Aufgehoben werden ferner die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes für alle Gemeinden mit weniger als 15 000 Einwohnern, während bisher nur die Gemeinden mit weniger als 8000 Einwohnern von diesen Vorschriften befreit waren. Ähnliche Bestimmungen wie in Preußen sollen auch in anderen Ländern mit Wirkung vom 1. April dieses Jahres ab erlassen werden, soweit sie dort nicht bereits bestehen.

Die heftigen Demokraten hielten am Sonntag in Frankfurt a. M. einen außerordentlichen Parteitag ab. Es wurde beschlossen, zu gegebener Zeit im Reichstags Landtag einen Antrag einzubringen, der die Regierung ersucht, zweeks Herstellung einer Staatsgemeinschaft mit Preußen Verhandlungen mit der preussischen Regierung aufzunehmen.

Der Konflikt zwischen dem Reich und Thüringen. Ein Berliner Blatt berichtet, daß der neue Reichsinnenminister Dr. Wirth das ganze Material über den Konflikt zwischen dem Reich und Thüringen zu einer Denkschrift zusammengefaßt habe, die noch in dieser Woche dem Reichskabinett zugereicht werden solle. Von zuständiger Stelle erfahren wir hierzu, daß das Material natürlich vom Reichsinnenminister geprüft wird, daß aber über das weitere Vorgehen noch nichts gesagt werden kann.

Zwei sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende im Preussischen Landtag. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen wird nach dem Zusammenritt des Landtages voraussichtlich neben ihrem jetzigen Fraktionsvorsitzenden Sellmann noch den früheren preussischen Innenminister, der jetzt von einer Erholungsreise zurückkehrt, zum Fraktionsvorsitzenden mit gleichen Rechten wählen, ein Zustand, der in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vor der Ernennung Erzgrünstis zum preussischen Innenminister bereits bestanden hat.

Badischer Teil

Malermeister Jienmann-Bruchsal 70 Jahre

Malermeister Eduard Jienmann, der derzeitige Präsident der Handwerkskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden, eine populäre Persönlichkeit des badischen Handwerks, feiert am 10. April 1885 den 70. Geburtstag. Jienmann verdankt seine allgemein anerkannte Führerstellung im Erfindungskreis des gewerblichen Mittelstandes seinem umfassenden Wissen, seinem unermüdbaren Fleiß und seinem sicheren Augenmaß für die wechselnden Abstände zwischen Wünschenswertem, Nützlichem und politisch Erreichbarem. Als Sohn des einstigen Schreinermeisters Jienmann in Gengenbach, des nachmaligen Bauaufsehers am Landesgefängnis in Bruchsal geboren, besuchte Jienmann die Volksschule, dann das Gymnasium bis zum Einjährigen in Bruchsal. Mit Fleiß erlernte er das Malerhandwerk in Durlach und ging nach zurückgelegter Gesellenprüfung als Gehilfe zunächst nach Forstheim und Heidelberg, um dann einen dreijährigen Aufenthalt in München zur Ausbildung in der Dekorationsmalerei, in der Perspektiv- und Farbenlehre zu nehmen. Nach 10jähriger Lehr-, Studien- und Fremdenzeit kehrte er in die Heimat zurück und machte sich nach kurzer Geschäftsführertätigkeit in einem fremden Betriebe im Jahre 1855 selbständig. Mit rastlosem Fleiße brachte er seinen Betrieb zu immer größerer Blüte. Später widmete er sich noch der Bautätigkeit in Bruchsal in großem Umfang.

Bereits im Jahre 1887 übernahm er die Führung des Gewerbevereins Bruchsal; er organisierte das Handwerk über seine engere Heimat hinaus, so daß das Handwerkergesetz von 1897 bei seiner Durchführung in Mittelbaden einen gut vorbereiteten Boden fand. 1900 erschien er bei der Gründung als Mitglied der Kammer Karlsruhe, war bald stellvertretender Vorsitzender, um dann im Jahre 1914 das ehrenvolle Amt des Präsidenten der Handwerkskammer zu übernehmen. Ferner gründete er u. a. 1896 für das Bruchsaler Handwerk und Gewerbe eine Krankenkasse, welche einige Jahre später als Krankenkasse der Handwerkskammer Karlsruhe ausgebaut wurde und 1910 mit circa 10 000 Mitgliedern sich mit der Kranken- und Sterbekasse des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen verschmolzen hat. Dem Reichstag gehörte Jienmann von 1920 bis 1924 an. Seit Jahren ist er stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen und der Versicherungsanstalt Heidelberg; ebenso gehört er als Vertreter des Handwerks der Prüfungskommission für Gewerbelehrer im Ministerium des Kultus und Unterrichts an. Neben anderen vielseitigen Ehrentiteln, die dem Jubilar während seiner langjährigen Tätigkeit im Dienste des Handwerks und der Allgemeinheit zuteil wurden, hat die Handwerkskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden ihm anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens den Ehrenbrief und den Ehrensiegelring der Kammer übergeben.

Vollversammlung

Der Badischen Landwirtschaftskammer

Die Badische Landwirtschaftskammer hält ihre 36. Vollversammlung, die ursprünglich für den 15. und 16. April angeordnet war, nunmehr endgültig am 25. und 26. April in Karlsruhe im Plenarsitzungslokal des Landtags ab. Auf der Tagesordnung stehen außer den Regularien Referate über „Die Badische Berufsgenossenschaft“ und „Die Verschuldung der Landwirtschaft“.

Ergänzungsprüfung für die Zulassung zum Studium an der Handelshochschule Mannheim

Durch eine Bekanntmachung des Unterrichtsministeriums wird für die Handelshochschule Mannheim eine Ergänzungsprüfung eingeführt und geregelt, welche diejenigen abzugeben haben, die, ohne im Besitz eines Reifezeugnisses zu sein, ihr Studium an der Handelshochschule mit der kaufmännischen Diplomprüfung oder mit der Handelslehrerdiplomprüfung abschließen wollen. Die Ergänzungsprüfung wird im Frühjahr und Spätherbst jedes Jahres an einer vom Unterrichtsministerium zu bestimmenden höheren Schule in Mannheim gehalten.

Verband badischer Gemeinden

Der Vorstand des Verbandes badischer Gemeinden hielt am Sonntag eine Sitzung ab, in der er — wie er mitteilt — insbesondere zu der Regierungsvorlage an den Badischen Landtag über das badische Finanzgesetz, soweit die Gemeindeinteressen davon berührt werden, Stellung nahm.

Dabei kam es zu einer Ablehnung des Regierungsentwurfs, weil der mehrfach geforderte und eingehend begründete Lastenausgleich unter den Städten und Gemeinden des Landes nicht nur nicht vorgesehen sei, sondern noch vorgeschlagen wurde, den Steueranteil der Gesamtheit der Gemeinden um rund 5 Millionen Reichsmark jährlich zu kürzen. Die den Gemeinden dafür in Aussicht gestellten Erlöserinnahmen (Erhöhung des Mittelschulgebührens, Beteiligung an der Mineralwassersteuer, Erhöhung der Gebäudebesitzersteuer, Heranziehung der freien Verufe zum Gewerbeertrag usw.) kämen für die kleineren und mittleren Gemeinden nicht in Betracht, so daß die vorgesehene Kürzung der Steuerertragsanteile der Verbandsgemeinden (Gruppe e und teilweise b) mit rund 1,3 Millionen ausschließlich durch Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern gedeckt werden müsse, anstatt daß die gemeindlicherseits erstrebte Senkung der unerträglich hohen Realsteuern durchgeführt werden könne. Es wird beantragt, daß der Gemeindeanteil im ganzen wie bisher bestehen bleibt, und daß daneben ein Lastenausgleich unter den Städten und Gemeinden geschaffen wird, wie er in anderen Ländern zugunsten der kleineren und mittleren Gemeinden eingeführt ist und nun noch weiter ausgebaut wird.

Der Deutsche Offizierbund für Hindenburg

Der Vorstand des Deutschen Offizierbundes, Landesverband Baden, bittet uns um Aufnahme folgender Erklärung:

„General Ludendorff hat im Anschluß an die Unterzeichnung des Youngplans in seiner „Volkswarte“ vom 30. März als „Vertreter des alten Heeres“ den Herrn Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall von Hindenburg in unerhörter Art und Weise angegriffen. Er verweigert sich dem Schluß, daß er dem Herrn Generalfeldmarschall das Recht abspricht, das selbige Soldatenkleid des alten Heeres zu tragen und es mit sich in das Grab zu nehmen. Der Deutsche Offizierbund legt aus schärfster Verwahrung gegen diese ungeheuerliche Verunglimpfung des Herrn Generalfeldmarschalls ein und spricht dem General Ludendorff das Recht ab, als Vertreter des alten Heeres zu sprechen. Sein Verfahren ist geradezu ein Hohn auf die Tradition des alten Heeres.“

Die Bundesleitung des Deutschen Offizierbundes. Der Vorsitzende: v. Steg, General d. Inf. a. D.

Aus der Landeshauptstadt

Waldfriedhof in Karlsruhe. Das zur späteren Anlage eines Waldfriedhofs auserkorene Waldfeld am Silberhauweg zwischen den Stadtteilen Bulaß und Grünwinkel soll nach einem Beschluß des Stadtrats Karlsruhe nach und nach eingetriedigt, die forstliche Bewirtschaftung und Kulturanstucht dort jetzt schon dem Ziel des Friedhofes dienlich gemacht werden. Durch geeignete Anpflanzungen und Behandlung des Bestandes wird die Fruchtbarkeit verhältnismäßig mühelos und ohne hohe Kosten mit der Zeit für den Waldfriedhof vorbereitet.

Sommeroperette im Konzerthaus. Das städtische Konzerthaus wurde von der Stadt für die Zeit während der Ferien des Badischen Landesbühnen in den Sommermonaten Juli und August d. J. an Theaterdirektor Otto Hans Norden, zur Zeit in Wien, zur Aufführung von Operetten vermietet.

Zusammenschluß der Badener im Reich. Die „Badische Bewegung“, die sich im Reich und im Auslande seit Beginn der Vorbereitungen zum „Badener Heimattag“ eindrucksvoll geltend macht, hat bekanntlich auch in verschiedenen deutschen Städten zu Neugründungen von Badener Vereinen geführt. Nachdem z. B. in Düsseldorf und Leipzig, in Weislingen, Gölzig und Erlangen solche badische Landsmannschaftliche Zusammenschlüsse erfolgt sind, tritt jetzt auch Essen mit der Gründung eines Badener Vereins hervor.

Die gemeinnützige Eisenbahnerbauernoffensivität e. V. u. b. S. Karlsruhe hielt am 29. März ihre 10. ordentliche Hauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ging hervor, daß die Genossenschaft gut fundiert ist und sich in steter Fortentwicklung befindet. Bezogen sind im gesamten 201 Wohnungen, im Neubau 46 fertiggestellt. Über ein weiteres Bauprogramm wird in den nächsten Tagen entschieden. Der Gesamtvorstand wurde durch Affirmation wiedergewählt.

Die Galerie Moos, Kaiserstr. 187, zeigt in ihrer Aprilausstellung außer einer Kollektion des einheimischen Malers Theodor Bus eine große Schau Gemälde badischer Malerei von etwa 1830—1930. Unter den früheren Werken seien u. a. erwähnt: Ph. J. Beder, Edm. Kanold, J. B. Schirmer, V. Weisshaupt, G. Kampmann, H. Knorr, A. Wehler, Hans Thoma, Fr. Fehr, C. Ritter und von den heutigen Künstlern u. a. Prof. A. Babberger, Prof. L. Dill, Prof. A. Hellweg, Prof. W. Gatz, Prof. J. Bergmann, Prof. W. Nagel, Prof. D. Göhler, A. Lutz, A. Kutterer, K. Antsbühler, W. Jabotín u. a. m. Die Ausstellung gibt einen Überblick über das Schaffen badischer Künstler von einst und jetzt und ist deren Besuch besonders zu empfehlen.

Ein neuer Zirkus kommt. Auf dem Weg von Belgien, Luxemburg, durch das Saargebiet, Frankreich und Spanien über Italien kommt der Niesenzirkus Gleich auch nach Baden. Er bringt mit sich nicht weniger als an die 1000 Menschen, 200 Wagen, 800 Tiere und den größten Zeltbau der Alten Welt für 16 000 Plätze. Brüssel, Paris, Barcelona und Rom waren die markantesten Stationen seiner jüngsten Künsländerfahrt, auf der er die Landesoberhäupter, eben erst wieder Mussolini, oft zu seinen Gästen zählte. Die ersten Gastspiele werden im April beginnen und im Verlauf der Tournee fast alle Plätze unferees Gebietes berühren.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Von Nordwesten bis nach Spanien erstreckt sich jetzt ein breiter Hochdruckrücken, der seit gestern noch verstärkt ist und für uns Fortdauer der trockenen Witterung in Aussicht stellt. Wetterausblick: Meist heiter und trocken, tagsüber warm bei schwacher Luftbewegung.

Gemeinderundschau

Zur Finanzlage der Städte

Gegen den Etatsentwurf des Finanzministers nimmt die Stadt Mannheim Stellung. Mit der durch das Finanzgesetz geschaffenen Lage habe sich am Samstag der Badische Stadtag befaßt. Nach einer stadtamtlichen Mitteilung wird durch die im Finanzgesetz vorgesehenen Maßnahmen, durch die vom Reich geplanten Steuererhöhungen und durch die zur Abgleichung des Mannheimer städtischen Etats erforderlichen Maßnahmen die Bevölkerung Mannheims mit insgesamt rund 5 Millionen Reichsmark mehr belastet als bisher. Die Karlsruher Stadtverwaltung ist — wie die „Frankf.-Ztg.“ meldet — genötigt, den nahezu fertiggestellten städt. Voranschlag einer durchgreifenden Neubearbeitung zu unterziehen, um ihn der durch das Finanzgesetz geschaffenen Lage anzupassen. Es werden weitere einschneidende Einsparungen notwendig werden. Ob hierunter der etwa 700 000 M betragende Zuschuß zum Landesbühnen fallen wird, ist noch nicht bekannt, doch scheint jenseit festzustellen, daß die Oper des Landesbühnen in ihrem Fortbestand außer Gefahr ist — Von zuständiger städtischer Seite liegt bisher keine Erklärung vor.

Bürgermeisterwahlen. In Au (bei Freiburg) wurde nur über zwei Drittel Mehrheit der bisherige Bürgermeister Franz Gläcker wiedergewählt. — In Dörfel (Amt Wolfach) wurde der bisherige Bürgermeister Witt wiedergewählt. — In Friedenweiler (Amt Neustadt) wurde der bisherige Bürgermeister Alexander Veghini mit großer Mehrheit wiedergewählt. — In Niederbach (Amt Waldkirch) ist die Bürgermeisterwahl ergebnislos verlaufen. Es erhielten Finanzhilfsstellenverwalter Schäple 328, Bürgermeister Fagle 295 und Gemeinderat Schmieder 56 Stimmen.

Mannheims Wasserverbrauch. Nach dem Jahresbericht der städtischen Werke hat Mannheim 19,08 Millionen Kubimeter Wasser produziert und davon 16,29 Millionen Kubimeter im Stadtbezirk verbraucht, das sind 9,09 v. H. mehr als im Vorjahr. Im Durchschnittsfalle beträgt die Förderung pro Tag und Kopf 174 (i. E. 161) Liter.

Der Gemeindevoranschlag von Bad Hoppau sieht eine Ausgabe von 315 372 M vor, der eine Einnahme von 242 000 Reichsmark gegenübersteht. Wie im Vorjahre soll eine Umlage von 1,20 M von 100 M Steuerkapital zur Erhebung kommen. Der Bürgerausschuß gab seine Zustimmung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Politische Schlägereien

D. J. Forstheim, 8. April. Gestern nachmittag kam es in der Mittelstadt zu einer schweren politischen Schlägerei. Am hellen Tage gegen 5 Uhr, wurde der frühere Kommunist Wilh. Sahner von ehemaligen Parteigenossen derart verprügelt, daß er ins Krankenhaus verbracht werden mußte. — Bei der vor einigen Wochen stattgefundenen Schießerei vor dem „Fälzer Hof“ zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gab Sahner bei seiner Vernehmung an, daß ein Kommunist geschossen habe. Es ist anzunehmen, daß die Tat aus Rache für diesen „Verrat“ geschah.

D. J. Ludwigshafen a. Rh., 8. April. Gestern abend veranstaltete die KPD-Ortsgruppe Ludwigshafen im Gesellschaftshaus eine öffentliche Versammlung, die stark von Nationalsozialisten besucht war. Sie sangen im Verlaufe der Diskussion im Chor ihre Kampflieder. Auf den Ruf der Gegenpartei „Nieder mit dem Faschismus!“, der durch einen vom Nebenpult in den Zuschauerraum geschleuderten Stuhl drastisch unterstützt wurde, setzte eine regelrechte allgemeine Krawerei ein. Polizei schritt ein und räumte den Saal, wobei gelegentlicher Widerstand ganz besonders zäher Kampfhähne mit dem Gummiflüßel gebrochen werden mußte. Bei der Durchsuchung der Versammlungsteilnehmer fand man eine größere Anzahl Hieb- und Stichwaffen. Acht Personen wurden festgenommen. Mehrere Personen wurden, wie der Polizeibericht meldet, erheblich verletzt. Auffallend sind die Verletzungen von Personen, die durch eine äbende Flüssigkeit verurteilt wurden. Verwunde, die Versammlungstravalle durch Straßenfundgebungen fortzuführen, wurden von der Polizei energisch unterdrückt.

D. J. Mannheim, 8. April. Rhein und Neckar sind durch die starken Niederschläge der letzten Woche um etwa dreiviertel Meter gestiegen. Doch wird vom Oberrhein wieder ein Fallen des Wassers gemeldet.

Old. Wingoheim, 7. April. Die Zahl der hiesigen Erwerbslosen wird nunmehr erneut empfindlich gesteigert, da Ende April die Zigarrenfabrik Girsch und Madenheimer, die von der Firma Jacobi betrieben wurde, geschlossen werden soll. Von dieser Stilllegung werden 50 Arbeiter betroffen. Auch die Zigarrenfabrik Oppenheimer will dieser Tage 12 Arbeiter entlassen.

D. J. Forstheim, 7. April. Der Landwirt Karl Jung in Gutingen, der mit einem Krügel so lange auf eine Kasse einschlug bis sie verendete, war vom Bezirksamt mit einer Geldstrafe von 20 M belegt worden. Er verlangte gerichtliche Entscheidung mit dem Erfolg, daß wegen Tierquälerei auf die Höchststrafe von 150 M oder 30 Tage Haft erkannt wurde.

D. J. Konstanz, 7. April. Das zweite Jahrschiff der Konstanzer Bodenseefähre wird noch vor Ostern ins Wasser kommen und mit seinen Probefahrten beginnen. Mit Beginn des Sommerfahrplans am 15. Mai wird das Schiff in den Dienst gestellt werden. Das erste Jahrschiff wird dann auf Verkt genommen und gründlich überholt werden. Die Bodenseefähre hat sich außerordentlich bewährt und zur Steigerung des Verkehrs sehr beigetragen. Nach dem Vorbild von Konstanz wird jetzt auch auf dem Vierwaldstättersee und auf dem Zürchersee Fährbetrieb eingerichtet werden.

D. J. Landau, 8. April. Die offizielle Befreiungsfeier der Stadt Landau findet in der Nacht nach dem Abzug der Besatzung auf dem Paradeplatz statt. Geplant ist ein Fackelzug und anschließend eine schlichte Feier auf dem Max-Josephs-Platz mit einer entsprechenden Ansprache. Eine größere sportliche Veranstaltung aus gleichem Anlaß will der Stadtverband für Reibebündungen am 6. Juli im Stadion abhalten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, Prag) and exchange rates for 8 April and 7 April.

Verkehrsrückgang im Mannheimer Hafen. Der Gesamtverkehr in den Mannheimer Hafenanlagen stellt sich im März in der Anknüpfung auf dem Rhein zu Berg auf 2920 511 Tonnen, zu Tal 234 667 Tonnen, auf dem Neckar zu Tal auf 75 619 Tonnen, zusammen also auf 3 230 797 Tonnen, beim Abgang auf dem Rhein zu Berg 125 492 Tonnen, zu Tal 611 944 Tonnen, auf dem Neckar zu Berg 48 190 Tonnen, zusammen 785 666 Tonnen. Der Verkehr in den Mannheimer Häfen hat nur eine ganz geringfügige Zunahme aufzuweisen gehabt. Da gleichzeitig der Verkehr in Karlsruhe um etwa 8 Proz. jener des Hafens kehl aber um über 60 Proz. gestiegen ist, so hat sich der Anteil des Mannheimer Verkehrs am Gesamtverkehr der oberrheinischen Häfen, der noch 1925 mit 77,6 Proz. mehr als drei Viertel betrug, weiter auf 60,1 Proz. oder drei Fünftel vermindert.

Generalversammlungen im badischen Rheinschiffahrtskongress. Die Generalversammlung der Badischen Rheinschiffahrtsgesellschaft vom Fendel, Mannheim, in der 3 829 Mill. Reichsmark, der Badischen A.G. für Rheinschiffahrt und Seetransport, in der 3 889 Mill. Reichsmark, und der Mannheimer Lagerhausgesellschaft, in der 3 433 Mill. Reichsmark Aktienkapital vertreten waren, genehmigten ohne jede Aussprache die Regularien. Besondere Verteilung der beiden erigenannten Gesellschaften für 1929 erstmals eine Dividende von je 6 Proz. auf 4 Mill. Reichsmark, während bei der Mannheimer Lagerhausgesellschaft der Gewinn vorgetragen wird. Den Vorsitz führte bei Fendel und Mannheimer Lagerhausgesellschaft Generaldirektor v. Bessen, bei der Badischen A.G. für Rheinschiffahrt und Seetransport Bankdirektor Dr. Beck, Karlsruhe (Bad. Bank).

Badische Affektur AG. Mannheim. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft beschloß, der Generalversammlung am 26. April für das Geschäftsjahr 1929 die Verteilung einer Dividende von 7,50 M (i. S. 15 M) auf das eingezahlte Aktienkapital, d. i. pro Aktie 10 v. S., vorzuschlagen. Diese Dividendenhalberung kommt für die Aktionäre ziemlich überraschend, zumal die Gesellschaft noch im Mai/Juni vorigen Jahres eine Kapitalerhöhung um 700 000 auf 2,5 Mill. Reichsmark vorgenommen hatte. Die Verwaltung hatte in der Generalversammlung vom 10. April 1929 noch erklärt, das neue Geschäftsjahr habe infolge des außergewöhnlichen harten Winters einen bedrohlichen Anfang genommen, daß aber nach den jüngsten Nachrichten dank den getroffenen Maßnahmen schwere Schäden für die Gesellschaft nicht in Frage zu kommen schienen. Die Gesellschaft hatte auf ihre ausländischen Wertpapiere einen Kursverlust von rund 80 000 M. Ein Verlust von etwa 250 000 Reichsmark ist ferner dadurch entstanden, daß infolge des vorigen strengen Winters dem in Deutschland bestehenden Gesez zufolge viele Minenschiffe Notböden anlaufen mußten. Das Tochterunternehmen der Badischen Affektur, die Schiffahrts-Affektur AG. in Mannheim, die im Vorjahre 2 bzw. 10 M oder 40 Proz. Dividende verteilte, halbiert diese gleichfalls.

Verringerte Dividende bei Zellstoff-Waldhof. Zu Börsengerichten bezüglich der Dividendenzahlung bei Waldhof erklärte der Vorstand, daß er beabsichtige, infolge der rückgängigen Konjunktur, die zu großer Vorsicht mahne, eine von 13 1/2 auf 12 v. S. ermäßigte Dividende dem Aufsichtsrat vorzuschlagen. Die Ergebnisse des abgelaufenen Jahres waren auch in Anbetracht des um 4,2 auf 34,2 Mill. M erhöhten Aktienkapitals befriedigend. Es handelt sich hierbei lediglich um eine Meinungsäußerung des Vorstandes an den Aufsichtsrat. Die endgültige Beschlußfassung und Festsetzung bleibt also noch diesem überlassen. Die Bilanzprüfung findet im Mai statt.

Abbaumassnahmen bei der Sunlicht-Gesellschaft. Durch die Verlegung der Hauptverwaltung der Sunlicht-Gesellschaft AG.

in Mannheim-Rheinheim nach Berlin wird eine bedeutende Einschränkung des Angestelltenpersonals der Verwaltungsabteilung notwendig. Der „Mannheimer Volksstimme“ zufolge sollen von den 290 Angestellten nur etwa 50 teils nach Berlin übernommen, teils im Rheinheim Werk belassen werden. Alle anderen sollen ihre Kündigung bekommen.

Erneuerung des Städtischen Syndikats. Die Verträge zur Erneuerung des Städtischen Syndikats sind am Montag in Berlin unterzeichnet worden. Das neue Syndikat, welches am 1. Juli dieses Jahres beginnt, ist für die Dauer von 7 Jahren in Aussicht genommen; es kann jedoch zum Ende des 5. Vertragsjahres gekündigt werden. In dem neuen Syndikat werden circa 98 Proz. der gesamten deutschen Städtischen Syndikatsvereinigungen sein. Der Verkauf aller städtischen Düngemittel im In- und Ausland ist grundsätzlich dem Städtischen Syndikat vorbehalten, das gilt auch hinsichtlich der Städtischen Düngemittel für technische Verwendungszwecke.

Garantiegesellschaft der württembergischen Kreditgenossenschaften. Die württembergischen Kreditgenossenschaften haben, wie jetzt bekannt wird, in einer am 26. März 1930 in Stuttgart stattgefundenen Versammlung eine Garantiegesellschaft mit 2 Mill. Reichsmark zur gegenseitigen Unterstützung in Notfällen gebildet. Damit ist den Sparern für ihre Einlagen gewissermaßen ein der Mündelbarkeit gleichkommender Faktor geschaffen.

Der Privatbistum ist für beide Sichten um je 1/2 Proz. auf 4 1/2 Proz. herabgesetzt worden.

Lady Dorothy Mills: „Dunkle Götter“. Roman. Aus dem Englischen übertragen von Raul Cohen-Bortheim (Romane der Welt, H. Knauer Nachf., Verlag, Berlin W 50). In Gangenien gebunden 2,85 M. Die magische Gewalt des „dunklen Erdbodens“ und seiner schwarzen Bewohner übt ihren Zauber auf ein weißes Ehepaar aus. Hilflos muß der Mann aufsehen, wie seine Frau immer mehr den „dunklen Göttern“ zum Opfer fällt und fast vollkommen zur Geheißin wird. Die visionäre Gestaltung eines Problems, das der „weiße Mann“ von jeder zu lösen versucht hat — das ewige Rätsel von Afrika!

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Der Diplomforscher Hugo Kramer von Langenbrücken ist zum Fortreferendar ernannt worden. Karlsruhe, den 29. März 1930.

Der Minister der Finanzen:

Schmitt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Inneren
Planmäßig ange stellt:
Verwaltungspraktikant August Wittmann beim Bezirksamt Karlsruhe als Oberreferendar.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Ernannt:
Handelschullehrerin Dr. Leonore Dreher an der Handelsschule in Bellingen zum Studienrat daselbst; Hauptlehrer Eduard Wehmer in Oberwiltigshausen, Amt Tauberbischofsheim, zum Direktor in Rosbach.

Verwaltungsoberspezialist Wilhelm Baunack bei der Universitätskassette in Heidelberg zum Oberrechnungsrat daselbst.

Planmäßig ange stellt:
Maschinist Julius Hauser am Aufbaurealgymnasium in Ettlingen.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
Oberlehrer Josef Ladus in Rheinheim, Amt Bruchsal.
Kraft Gesehes tritt in den dauernden Ruhestand:
Hauptlehrer Eduard Ruhn in Reinhardtschafen, Amt Buchen, am 1. Mai 1930.

Justizministerium

Ernannt:
Kanzleigehilfe Karl Pohl beim Landgericht Karlsruhe zum Kanzleiaffistenten.

Planmäßig ange stellt:
Gerichtsvollzieher Walter Sille beim Amtsgericht Freiburg.

Befetzt:
Justizsekretär Albert Lenz beim Notariat Waldshut zum Notariat Staufen, Justizassistent Josef Kohn beim Landgericht Konstanz zum Notariat Waldshut, Oberverwalter Josef Obrecht beim Erziehungsheim Schloß Flehingen zu den Straf-anstalten in Bruchsal.

Zur Ruhe gesetzt:
Obergerichtsvollzieher Reinhold Gantner beim Amtsgericht Mannheim bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Entlassen auf Ansuchen:
Kanzlistin Luise Meiß beim Amtsgericht Heidelberg.

Gestorben:

Professor Dr. Franz Sales Gochstuf am Gymnasium in Dornauessingen, am 25. März 1930.
Studienrat Anton Fellhauer an der Gewerbeschule Weinheim, am 29. März d. J.
Oberjustizrat Albert Dinger in Freiburg.
Forstwart Karl Ruzmann, Vorstand des Forstamts Staufen II, in Staufen.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres

(Mit besonderer Berücksichtigung des Wehrkreises V)
Mit dem 1. April 1930 werden befördert:

zum Obersten: Oberleutnant Fehr, von Dalwigk zu Bichtenfels, Kommandeur des Reiter-Regts. 15;
zum Oberleutnant: Major Willich, Stab des Gruppenbos. 2;
zu Majoren:
Hauptmann Bidwoll, Stab des Gruppenbos. 2,
Hauptmann Knoerzer, Inf.-Regt. 13,
Hauptmann Stemmermann, Stab der 5. Div.,
Rittmeister Fehr, von Der, Reiter-Regt. 15,
Rittmeister Meyer-Wabingen, Stab des Gruppenbos. 2;
zu Hauptleuten:
Oberleutnant Binde, Stab des Gruppenbos. 2,
Oberleutnant Rathmann, Art.-Regt. 5,
Oberleutnant Gage, Inf.-Regt. 15;
zum Rittmeister: Oberleutnant von Arenstorff, Reiter-Regt. 19;
zu Oberleutenanten:
Leutnant Gohmann, Art.-Regt. 5,
Leutnant Fehr, von Wöhren, Inf.-Regt. 18,
Leutnant Bues, Art.-Regt. 5,
Leutnant Hartmann, Inf.-Regt. 18;
zum Leutnant: Oberfähndrich Graf von Kielmannsegg, Reiter-Regt. 18;
zum Generaloberarzt: Oberstabsarzt Dr. Stöhr, San.-Abt. 5;
zum Oberarzt: Dr. Unger, San.-Abt. 5;
zum Stabsveterinär: Dr. Gillmer, Stab 5. Div.

Geschäftsverlegung und Empfehlung

Meinen werten Kunden und der Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung zur Kenntnis, daß ich mein

Geschäft

(Bierverlag, Mineralwasser- und Eisfabrik) nach der

Hirschstraße 30 Telephon 7629

verlegt habe!

Durch allermodernste Einrichtung sowie der neuesten und besten Maschinen bin ich in der Lage, die verehrl. Kundschaft aufs beste zu befriedigen und empfehle mich zur Lieferung von ff. Ketterer-Bier, allerbeste Limonade sowie Donauessinger Sprudel unter Zusatz von Natursohle. Außerdem führe ich Originalfüllung Oberrauer Löwen-sprudel und Rheiner Mineralwasser. Die Lieferung von Eis an jedermann zu den günstigsten Bedingungen gegen mündliche oder schriftliche Bestellung.

Achtungsvoll

Franz Merz

Kommundarlehen 183
vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Galerie Moos
Kaiserstraße 187

Bad. Malerei 1830/1930
sowie Sonderschau: TH. BUTZ
April 1930

47. Münchener Pferdlotterie

Auf die im badischen Staatsgebiet zugelassenen Lose sind nach der am 7. April 1930 vorgenommenen, amtlichen Ziehung folgende Treffer entfallen:

Los-Nr. 96334 gewinnt 100 RM., Los-Nr. 2988 gewinnt 20 RM., Los-Nr. 11919, 40753, 54373, 67438 und 119415 gewinnen je 10 RM. Folgende 23 Endnummern gewinnen in sämtlichen Laufendern je 3 RM. bar: 029, 061, 064, 196, 201, 225, 254, 277, 352, 356, 508, 600, 625, 626, 631, 708, 732, 812, 897, 910, 979, 986, 998. Ferner gewinnen je 3 RM. Lose-Nr. 2904 und 54935. 2.285

Q.378. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Emil Ernst Lehmann, Handelsvertreter in Karlsruhe-Ruppurr, ist mangels Masse eingestellt. Karlsruhe, 28. 3. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

COLOSSEUM
Heute 8 Uhr
Der große Lachschräger
„Der doppelte Erich“
von
Rudolf Schmitthenner und Fred Himmighofen

Q.372. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Gebr. Blau, Offene Handelsgesellschaft, und deren Gesellschafter Albert und Hermann Blau in Graben wurde nach erfolgter gerichtlicher Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. Die am 28. Februar 1930 angeordnete Veräußerungsbeschränkung ist erloschen. Karlsruhe, 5. 4. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.

Spar- und Bausenkasse Tauberbischofsheim

Öffentliche Sparkasse unter Bürgschaft der Stadtgemeinde Tauberbischofsheim

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	52 781,10	1. Spareinlagen	3 745 080,—
2. Verwaltungsgebäude	1,—	2. Aufwertungs-spareinlagen	725 885,77
3. Sonstige Grundstücke	8 001,—	3. Giroeinlagen	249 657,62
4. Darlehen in lfd. Rechnung		4. R.R.-Einlagen	31 465,76
a) bei Girozentrale	139 633,15	5. Anleihenkapitalien	71 155,04
b) Banken und Postfach	42 306,73	6. Rücklagen:	
c) bei Privaten	489 686,11	a) gesetzl. Reservefonds	151 000,—
5. Wertpapiere	29,80	b) Sonderrücklage	24 615,07
6. Wechsel	229 800,56	7. Reingewinn für 1929	72 305,98
7. Betriebskapital bei Girozentrale	95 200,—		
8. Hypotheken	1 728 276,49		
9. Grundstückskaufgelder	943 758,20		
10. Gemeindepfandbriefe	467 189,78		
11. Schuldscheindarlehen	211 752,13		
12. Einnahmerückstände	82 687,72		
13. Aufwertungs-forderungen	444 931,16		
14. Aufwertungsabrechnungskonto	150 150,31		
15. Gerätschaften	1,—		
	5 071 165,24		5 071 165,24

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5 % der Einlagen (4 026 202,— RM) . . . 201 311,— RM
Sie beträgt am Schluß des Jahres 1929 . . . 205 305,98 RM
somit mehr . . . 3 994,98 RM

Tauberbischofsheim, den 3. April 1930. Q 365

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Diebold, Bürgermeister.
Der Geschäftsführer: Hellmuth.

Karlsruhe. Q.370
Vereinsregister eintrag
Landesverband Badischer Tabakbauvereine, Karlsruhe, 2. 4. 1930.
Amtsgericht Karlsruhe.
Güterrechtsregister.
Karlsruhe. Q.369
1. Zu Bd. I Seite 380:
Autenrieth, Otto, Fachlehrer, Karlsruhe, u. Auguste geb. Stieler. Vertrag vom 19. Februar 1930. Gütertrennung, 31. 3. 1930.
2. Seite 381: Kühn, Eduard, Maurermeister, Riefisch, und Anna geb. Zeiler. Vertrag vom 26. Februar 1930. Erziehungsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 2. 4. 1930.
3. Seite 382: Wistler, Alois, Kaufmann, Karlsruhe, und Annemarie geb. Bopp. Vertrag vom 21. 3. 1930. Gütertrennung.
4. Seite 383: Scherr, Karl, Kaufmann, Karlsruhe, und Maria geb. März. Vertrag vom 11. März 1930. Gütertrennung, 4. 4. 1930.
Amtsgericht Karlsruhe.
Wir werben für Sie!



Badisches Landestheater

Mittwoch, 9. April 1930
Nachmittags

Geschlossene Vorstellung für auswärtige Schulen
Das Räthchen von Heilbronn

Von Kleist
Regie: Baumbach

Mittwöchende:

Bertram, Emmerich, Frauendorfer, Genter, Biegler, Bauer, Gebelein, Jank, Kallab, Seiling, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Hied, Höder, Just, Moebis, O. Henschel, Kuhne, Müller, Prüter, Schneider, Schulze, v. d. Trenck, Grimm, H. Henschel, Kusan, Kleinbus, Luther, Meyer, Nagel.

Anfang 15 Ende 17 1/2
Kein Kartenverkauf!

Abends:
*A 20. Th.-Gem. I. S.-Gr.

Der Waffenschmied

Romische Oper von Dörping
Dirigent: Krups

Regie: Ammermann
Mittwöchende:

Blank, Grünwald, Gehfert, Gröhinger, Kalnbach, Kaufkötter, Löfer, Derner, Schöpflin, Uras.

Anfang 20 Ende 22 1/2
Freie C (1-7 RM)

Do., 10. April: Die Affäre Dreifus.
Fr., 11. April: Die Affäre Dreifus.
Sa., 12. April: Trofauer.
So., 13. April: Zum erstenmal: Angelina. Im Sonderhaus: Keine Vorstellung.
Mo., 14. April: 9. Einfontenzert.